



HESSISCHER LANDTAG

21. 02. 2012

*Dem
Haushaltsausschuss
und dem Rechts- und Integrationsausschuss
überwiesen*

**Dringlicher Berichts Antrag
der Abg. Decker, Frankenberger, Habermann,
Hofmann, Hofmeyer, Kahl, Schmitt, Weiß (SPD)
und Fraktion
betreffend geplantes PPP-Projekt Justizzentrum Kassel**

Die Landesregierung wird ersucht, im Haushaltsausschuss und im Rechts- und Integrationsausschuss zu folgendem Gegenstand zu berichten:

1. Trifft es zu, dass die bestehenden Planungen wegen der schlechten Bausubstanz des Verwaltungsgerichtshofsgebäudes höchstwahrscheinlich keinen Bestand haben werden?
 - a) Wenn ja, in welchem Umfang ist die Bausubstanz beeinträchtigt?
 - b) Wenn ja, in welchem Umfang ist die bisherige Planung durch den schlechten Zustand der Bausubstanz betroffen?
2. Welche konkreten Auswirkungen hat der zu Frage 1 dargestellte Sachverhalt
 - a) auf die weitere Nutzungsplanung des Verwaltungsgerichtshofsgebäudes?
 - b) auf die Entwicklung der Gesamtkosten, die aufgrund der zu ändernden Planung und Umsetzung des PPP-Projekts entstehen werden?
3. Aus welchem Grund hat die Landesregierung den Haushaltsausschuss bisher nicht darüber informiert, dass die bisher geplante Realisierung des PPP-Projekts inzwischen vollständig infrage steht?
4. Ist sich die Landesregierung darüber im Klaren, dass angesichts dieser überraschenden Entwicklung auch die zwischen dem Land Hessen und der Stadt Kassel getroffenen Vereinbarungen bezüglich der künftigen Nutzung der Torwache sowie der musealen Bebauung des Weinberges und des damit verbundenen Grundstückstausches im geplanten Zeitraum nicht mehr realisierbar ist?
5. Hat die Landesregierung den Magistrat über diese Entwicklung informiert, insbesondere auch mit Blick auf die geplante museale Nutzung der Torwache und die weitere Auswirkung auf die am Weinberg geplante Museumslandschaft?
6. Falls eine völlig neue Planung in Angriff genommen werden muss, mit welchem Zeitraum rechnet die Landesregierung?
7. Wie sieht die Finanzierungsplanung nach einer tatsächlich neu aufzulegenden Planung für das Justizzentrum und die damit verbundenen weiteren baulichen Veränderungen aus?
8. Wie soll ein ggf. erforderliches Provisorium für die vorübergehende Unterbringung der Gerichte aussehen und welche zusätzlichen Kosten würden dadurch voraussichtlich entstehen?

9. Zu welchem Zeitpunkt und in welchem Umfang hat das zuständige Fachministerium die Leitung und die Bediensteten der betroffenen Gerichte darüber informiert, dass der unbefriedigende räumliche Zustand, der auch Auswirkungen auf das Arbeitsklima hat, weiterhin andauern wird?

Wiesbaden, 21. Februar 2012

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

Decker
Frankenberger
Habermann
Hofmann
Hofmeyer
Kahl
Schmitt
Weiß